

## Kleine Anfrage Nr. 267

der Abgeordneten Dr. Frey, Frau Niggemeyer  
und Genossen

### **betr. Zwangsweise Holzeinschläge durch die Besatzungsmächte.**

Seit dem Einmarsch der alliierten Streitkräfte in das Bundesgebiet im Jahre 1945 bis zum Oktober 1948 sind durch die Besatzungsmächte zwangsweise Holzeinschläge zu Exportzwecken in den privaten und öffentlichen Forsten der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden, Württemberg-Hohenzollern und Bayern durchgeführt worden. Bei diesen Direktoperationen gelten die deutschen Waldbesitzer als Inlandverkäufer und die JEIA als Exporteur des gelieferten Holzes.

Die Forderung des geschädigten Forstbesitzes gegen die JEIA beläuft sich noch auf rd. 436 Millionen DM. Dieser Betrag ist durch Überprüfung des Bundesernährungsministeriums anerkannt und von diesem übernommen worden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist es richtig, daß die JEIA ohne Anerkenntnis der Schadensersatzpflicht eine Vergleichszahlung angeboten hat, durch die alle Forderungen des geschädigten Forstbesitzes gegen sie abgegolten sein sollen?
2. Hält die Bundesregierung die Forderung der Vertreter des geschädigten Waldbesitzes in Höhe von mindestens 70 Millionen DM, was einem 16%igen Vergleich entspricht, für angemessen?
3. Wenn die Fragen zu 1 und 2 bejaht werden, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen möglichst schnellen Abschluß des Vergleichs herbeizuführen?
4. Wenn die Fragen zu 1 und 2 verneint werden, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem geschädigten Waldbesitz zu seinem Recht zu verhelfen?

Bonn, den 30. April 1952

Dr. Frey  
Frau Niggemeyer  
Dr. Krone  
Dr. Kleindinst  
Muckermann  
Majonica  
Hoffmann (Lindlar)  
Dr. Kneipp

Lücke  
Kemmer  
Dr. Serres  
Dr. Jaeger  
Frau Dr. Steinbiß  
Wacker  
Dr. Weber (Koblenz)  
Dannemann